

Christian Baldauf, MdL
Vorsitzender der CDU-Fraktion
im Landtag von Rheinland-Pfalz

Redebeitrag zur Plenarsitzung zu Tagesordnungspunkt 6
13. Plenarsitzung, Donnerstag, 16. Dezember 2021

Rede von Christian Baldauf zum Landeshaushaltsgesetz 2022 (LHG 2022)

Unkorrigiertes Redemanuskript

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist: Redebeginn

16.12.2021

Anrede,

diesen Haushalt schultern rund 4 Millionen Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer. Deshalb sind die Budgets nicht nur eine Rechenaufgabe, sondern eine Zukunftsaufgabe.

Wir entscheiden,

- wie unsere Senioren, unsere Pflegebedürftigen künftig betreut werden,
- was wir den Kindern in den Schulrucksack packen,
- ob Polizisten unter schlechten Arbeitsbedingungen verzweifeln,
- in welchem Zustand Schulen, Brücken, Straßen sind.

Wir versuchen mit dem Haushalt zugleich, Risiken abzufedern.

Unsere Welt ist extrem in Bewegung geraten – und das schlägt sich bis ins kleinste Dorf nieder.

- Corona - samt den gesundheitlichen, sozialen, wirtschaftlichen Folgen,
- Klimawandel,
- Migration,
- die digitale Transformation

zwingen unsere Gesellschaft, die Wirtschaft, die Art und Weise, wie wir im Alltag arbeiten und leben - in Veränderungen, die wir noch gar nicht richtig ermessen können. Umso mehr sollte dieser Haushalt – neben vielen anderen Aufgaben – Verantwortung für die Sicherheit und den Schutz unserer Bevölkerung abbilden. Hier müssen wir mehr investieren! Für uns hat der Schutz der Bevölkerung oberste Priorität.

Anrede,

die CDU-Landtagsfraktion wird in der Haushaltsdebatte und den Haushaltsberatungen deutlich machen: Wir stehen für einen Staat, der unsere Familien stärkt, der den Einzelnen mit seinen Stärken und Fähigkeiten in den Blick nimmt.

Wir stehen für einen verlässlichen, einen starken Staat, der Bürgerinnen und Bürger im Land schützt, angefangen bei den Kleinsten, unseren Kindern und Jugendlichen.

Anrede,

sie zu schützen, in Zeiten von Corona, heißt: Ihnen Chancen sichern und gute Bildung ermöglichen. Heißt: Ihnen frühzeitig bei Schwächen und Problemen helfen. Denn gute Bildung heute bedeutet Fairness und gerechte Chancen für jedes Kind – und für die Gesellschaft Sicherheit und Wohlstand (auch für die Zukunft)

Anrede,

auf die Situation unserer Kinder möchte die CDU-Fraktion in diesem Haushalt ein besonderes Augenmerk legen. Kinder sind das Beste, was wir als Gesellschaft haben. Gerade sie leiden stark unter der aktuellen Situation. Spontan Freunde treffen, neue Freunde kennenlernen, Partys feiern – so viel Selbstverständliches war und ist kaum möglich. Gerade, weil Kontakte eingeschränkt sind, sind Schulen und Kindergärten als sozialer Raum besonders wichtig.

Die Kleinen schützen – dieser Gedanke muss großgeschrieben werden. Für die CDU-Fraktion ist es zentral, dass unsere Kinder Bindung erfahren. Kinder brauchen feste Bezugspersonen. Und je nach Altersstufe Gruppen, die ihren Bedürfnissen entsprechen, d.h. je kleiner die Kinder, desto kleiner die Gruppen. Und das gibt es nicht umsonst. Und je älter die Kleinen sind, desto wichtiger werden Angebote zum spielerischen Lernen. Deshalb tritt die CDU-Fraktion seit Jahren für eine altersgemäße Sprachförderung ein.

Wir wollen nicht Schule vorwegnehmen, sondern Grundlagen für einen gelingenden Schulstart legen. Es ist eben nicht egal, ob und wie gut ein Kind, ob einheimisch oder zugewandert, die deutsche Sprache beherrscht. Wer kein gutes Deutsch kann, verliert den Anschluss. Wer Texte nicht richtig versteht, der wird sich auch in späteren Lern- und Lebensphasen in der Schule, in der Ausbildung, im Studium, am Arbeitsplatz schwertun.

Der Sprachstand muss daher schon im Kindergarten erhoben werden. Wir brauchen verpflichtende und aussagekräftige Erhebungen, wie es um die Sprachkenntnisse der Kinder im Alter von vier Jahren steht.

Frau Ministerin Ahnen,

die CDU-Fraktion begrüßt Ihre Ankündigung, 20 Millionen Euro für die Sprachförderung in den Kitas bereitzustellen. So viele Jahre hatten wir dies vergebens gefordert!

Einen verlässlichen Rahmen brauchen aber nicht nur die Kinder, sondern auch die Erzieherinnen und Erzieher. Viele sind unzufrieden mit ihrer Arbeit. Und das trotz Kita-Novelle, mit der eigentlich grundlegende - vor allem finanzielle - Verbesserungen angekündigt waren. Tatsächlich gleichen die zusätzlichen Gelder noch nicht einmal die Inflation oder die Tarifsteigerungen der Personalkosten aus. Im Übrigen sind die zusätzlichen Kosten der KITA-Gesetzesnovelle im Haushalt nicht transparent nachvollziehbar.

Konsequenz:

Die Qualitätsstandards sinken, die räumliche Ausstattung lässt oft zu wünschen übrig. Der Personalschlüssel für die Kitas ist nach wie vor zu gering. Es braucht deutlich mehr Erzieherinnen und Erzieher in den Kitas. Zweijährige haben nun mal einen höheren Betreuungsbedarf als Fünfjährige.

Frau Ministerin Ahnen,

Sie loben sich für Ihre hohe Betreuungsquote. Aber Kindern sind Zahlen egal, es geht den Kindern um feste Bezugspersonen. Erst Bindung, dann Bildung. Dieses Fundament sichert Chancen! Deshalb steht die CDU-Fraktion

- für hohe Qualitätsstandards in unseren KITAS,
- für ausreichend Personal,
- für eine räumliche Ausstattung, die den Kleinsten auch Rückzugsmöglichkeiten lässt,
- für ein Arbeitsklima, das Erzieherinnen und Erziehern genug Raum gibt, um auf die Bedürfnisse der Kinder einzugehen.

Anrede,

Nicht erst seit der Corona-Pandemie ist Chancengerechtigkeit DIE zentrale Frage der Bildungspolitik. Die CDU-Fraktion fordert: Bekämpfen Sie entstandene Bildungsdefizite! Führen Sie individuelle Lernstands-Erhebungen, durch! Helfen Sie Kindern bei Lernrückständen! Sorgen Sie dafür, dass alle Kinder, die geimpft werden wollen und können, bis zum Ende der Weihnachtsferien auch geimpft sind! Halten Sie die Schulen offen!

Legen Sie ein flächendeckendes Konzept für den Einbau von Lüftungsanlagen vor! Kein digitales Format ersetzt den Unterricht in Präsenz! Kinder und Jugendliche brauchen ein zuverlässiges Netz von Menschen, die sich kümmern und sich verantwortlich fühlen. Hier kann Schule helfen. Etwa durch den Einsatz von mehr Sozialarbeitern.

Anrede,

Politik, Verwaltung, Lehrerverbände und Eltern fordern dies seit langem. Die Mittel für Schulsozialarbeit, die Sie im Haushalt einplanen, reichen bei weitem nicht aus, um den gestiegenen Bedarf auch nur ansatzweise zu decken. Nein, die Zahl der Sozialarbeiter an den Schulen muss sich verdoppeln. Aktuell kümmert sich ein Schulsozialarbeiter im Land um 1000 Schülerinnen und Schüler! Das muss man sich mal vorstellen! Das hilft doch nicht wirklich.

Frau Ministerpräsidentin Dreyer, Frau Ministerin Hubig, Sie haben die Sozialarbeit an den Schulen jahrzehntelang vernachlässigt. Die bereitgestellten Mittel reichen bei weitem nicht aus! Sie unterstützen Schulen und kommunale Träger vor Ort zu wenig. Sie geben für Grundschulen und Gymnasien keine Zuschüsse für die Schulsozialarbeit.

Anrede,

das ist nicht akzeptabel. Egal welche Schulform, überall gibt es Schülerinnen und Schüler, die Unterstützung brauchen. Denn gute Schulsozialarbeit schützt Kinder und schafft mehr Chancengerechtigkeit. Und hier fängt für mich soziale Gerechtigkeit an!

Anrede,

nicht einmal die Hälfte der Schülerinnen und Schüler in Deutschland erreicht die Regelstandards der Kultusministerkonferenz. Durch Corona hat sich diese bedenkliche Entwicklung noch verschärft. Wenn Defizite in Lesen und Mathematik nicht mehr aufgeholt werden können, verringert dies auf lange Sicht Chancen und Perspektiven.

Mein Anliegen ist, jedes Kind entsprechend seiner Fähigkeiten zu fördern. Deshalb brauchen wir nach den Schulschließungen in der Corona Pandemie zeitnah eine ehrliche Lernstandserhebung in allen Klassen - zeitnah eine ehrliche Lernstandserhebung in allen Klassen.

Wir fragen Sie, Frau Ministerpräsidenten:

- Wie nehmen Sie die Förderung der Schülerinnen und Schüler in den Blick? Wie die individuellen Lernstände?
- Wie findet sich dies in der Lehrerbildung wieder?
- Welche Unterstützungsangebote hat das Land aufgelegt?

Keine, die wirklich weiterhelfen: Ein paar Tage Sommerschule ohne pädagogisches Konzept reichen jedenfalls nicht aus.

Besonders schwerwiegend sind Lernrückstände in Mathematik.

Ich frage deshalb weiter:

- Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung, um Mathematiklehrer an den Schulen weiter zu qualifizieren?
- Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung, um gezielt Abiturienten für Mangelächer zu werben, also für Mathematik und Naturwissenschaften?
-

Auf jeden Fall nicht genug, um in der Konkurrenz zu anderen Ländern junge Lehrerinnen und Lehrer in Rheinland-Pfalz zu halten oder aus anderen Ländern hierher zu holen.

Anrede,

an den Schulen, Berufsschulen, Hochschulen und Universitäten entscheidet sich Zukunft. Doch immer weniger Studierende entscheiden sich für ein Studium in Rheinland-Pfalz. Die Zahlen des Statistischen Landesamtes zeigen: Im siebten Jahr in Folge verlassen uns mehr Studierende als zu uns ins Land kommen! (Fußnote: Stichwort Studierendenwanderungssaldo; im Jahr 2020/2021 waren es -14.351)

Wir wissen, wie schwer es unseren Unternehmen fällt, Fachkräfte zu rekrutieren. Und Sie lassen unsere jungen Menschen einfach ziehen. Rheinland-Pfalz liegt im Vergleich mit den anderen Bundesländern auf dem vorletzten Platz bei den Grundmitteln pro Studierendem. Das geht zu Lasten der Attraktivität unserer Hochschulen. Fatal für die Zukunft unseres Landes!

Frau Ministerin Ahnen,

es ist richtig: Die TU Kaiserslautern wurde in den letzten Jahren weltweit durch exzellente Forschung bekannt. Doch Ihre Ausstattung beeinträchtigt diese Entwicklung! Die Gebäude sind marode und der Sanierungsstau gewaltig! Die besten Geräte helfen nicht, wenn sie in Gebäuden untergebracht sind, die größtenteils aus den 70er-Jahren stammen und als Provisorium gedacht waren.

Herr Minister Hoch,

ich fordere Sie auf, machen Sie nicht dort weiter, wo Ihr Vorgänger aufgehört hat. Setzen Sie den Ruf der TU Kaiserslautern nicht leichtfertig aufs Spiel durch eine planlose Neustrukturierung. Wenn wir im innerdeutschen Wettbewerb um die klügsten Köpfe mithalten wollen, reicht Ihre Finanzierung bei weitem nicht aus. Nicht in Kaiserslautern und nicht an anderen Orten. Deshalb setzt sich die CDU-Landtagsfraktion für eine höhere Grundmittelfinanzierung unserer Hochschulen ein. Das sind echte Investitionen in die Zukunftsfähigkeit unseres Landes!

Anrede,

die Corona-Krise hat uns nochmal wie unter einem Brennglas gezeigt, welche gesundheitspolitischen Fehlentwicklungen in den letzten Jahren, ja fast Jahrzehnten, abgelaufen sind und sie hat die Herausforderungen und Probleme unseres rheinland-pfälzischen Gesundheitssystems sichtbar gemacht:

- Ärztemangel
- fehlende Medizinstudienplätze
- Pflegekräftemangel
- Unterfinanzierung unserer Krankenhäuser

All diesen Entwicklungen haben SPD-geführte Landesregierungen tatenlos zugehört!

Ohne das herausragende Engagement der Pflegekräfte, Ärzte und weiterer Mitarbeiter des Gesundheitssystems wären die Belastungen nicht zu stemmen, es ist völlig klar, dass wir hier Verbesserungen auf allen Ebenen herbeiführen müssen. Wir haben hierzu in der Vergangenheit viele zielführende Vorschläge gemacht:

- Wir sind für eine deutliche Anhebung der Krankenhausinvestitionen,
- für einen richtigen Landeskrankenhausplan

- für 200 zusätzliche Medizinstudienplätze pro Jahr,
- für ein Landesgesundheitsamt für notwendig.

Wir glauben, dass eine zentrale Behörde mit Steuerung- und Koordinierungsfunktion die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Gesundheitsdienstes in der Pandemiebekämpfung weiter erhöht.

Anrede,

Wenn wir den Schutz der Bevölkerung wirklich ernst meinen – dann werden die nächsten Landeshaushalte finanziell viel abverlangen. Katastrophenschutz in Rheinland-Pfalz wird, nein ist, eine Aufgabe, die wir alle künftig anders – finanziell wie strukturell – in den Blick nehmen müssen.

Anrede,

bei diesen Sätzen kommen schmerzhafteste Erinnerungen hoch. An Stunden in diesem Jahr, in denen Menschen in Rheinland-Pfalz nicht ausreichend geschützt waren. Die Flutkatastrophe, die am 14./15. Juli unser Bundesland heimsuchte – an der Ahr, in der Eifel an der Mosel, brachte furchtbares Leid über viele Familien. Und auch jetzt, heute, gelten unsere Gedanken den Menschen, die ihr Leben verloren, die verletzt wurden oder noch immer ohne richtiges Zuhause sind. Es waren Stunden, Tage, Wochen unglaublicher Solidarität.

Und wir können allen Einsatz- und Rettungskräften nicht genug danken, die in der Not halfen, zum Teil ihr eigenes Leben aufs Spiel setzten und alles Menschenmögliche leisteten, alles, was irgendwie ging. Genau wie die vielen unermüdlichen, freiwilligen Helfer, die teilweise immer noch vor Ort anpacken.

Anrede,

wir reden oft über gesellschaftlichen Zusammenhalt. Aber dort im Ahrtal zeigten und zeigen Mitbürgerinnen und Mitbürger, was es bedeutet, Zusammenhalt wirklich zu leben.

Anrede,

es wird eine dauerhafte Aufgabe dieses Landes, für die Dörfer und Städte, die so schlimm verwüstet wurden, eine gute Zukunft zu bauen. Eine Zukunft, in der Menschen ihre alte Heimat neu finden. Katastrophen werden wir nie gänzlich aufhalten. Aber wir können alles dafür tun, bestmöglich gewappnet zu sein.

Deshalb arbeiten wir in einem Untersuchungsausschuss und in einer Enquetekommission gemeinsam die Flutnacht und ihre Folgen auf.

- Denn wir müssen alles dransetzen, dass eine solche Katastrophe in unserem Land nicht noch einmal passiert.
- unsere Bürgerinnen und Bürger besser und rechtzeitig gewarnt werden.
- und Warnungen auch als solche erkannt werden.

Krisen-Experten haben die Strukturen des Bevölkerungsschutzes in Rheinland-Pfalz massiv kritisiert - das Ganze "atme noch die Zeit vor 2000".

Rheinland-Pfalz sei schlecht auf Katastrophen vorbereitet und es hätten bei der Flut im Sommer mehr Menschen gerettet werden können. (Bundeswehr-Oberst und Koordinator bundesweiter Krisenschutzübungen, Wolfgang Grambs, RZ und SWR, 10.12.21/ Krisenmanagement-Experte Ralph Thiele, RZ). Dies werden wir im Untersuchungsausschuss klären.

Herr Minister Lewentz,

Ihr Interview vorgestern in der Rhein Zeitung hat mich reichlich irritiert. Sie haben sich zum Krisenstab der Landesregierung geäußert und gesagt: "Der Krisenstab ist ein politisches Gremium, er übernimmt keine Einsatzleitung." Eigentlich müssten Sie doch die Definition kennen. Dieser soll unter anderem bei der Bewältigung von großflächigen beziehungsweise überörtlichen Gefahrenlagen tätig werden, um rasch effektive Entscheidungen und abgestimmte Maßnahmen herbeizuführen, in die auch die militärischen Stellen, Bundeswehr und US-Streitkräfte eingebunden sind.

Anrede,

wenn es jemals eine Situation in Rheinland-Pfalz gegeben hat,

- um diesen Krisenstab zu aktivieren,
- um rasch abgestimmte Maßnahmen herbeizuführen, um Gefahren abzuwenden, dann am Mittag, spätestens am Nachmittag des 14. Juli!

Herr Minister Lewentz,

der Krisenstab ist doch kein Kaffeekränzchen für Schönwetterzeiten, das sich zweimal im Jahr trifft – aber im Ernstfall die Hände in den Schoß legt?

Ganz so ist es nicht, Herr Minister. Das Land- und Katastrophenschutzgesetz sieht Sie sehr wohl in der Verantwortung. Nämlich dann, wenn es um Gefahren und Abwehrmaßnahmen geht, die mehrere Landkreise oder kreisfreie Städte betreffen. Laut Paragraph 24 hat das Land, hat dann das Innenministerium, haben Sie als oberster Katastrophenschützer die Einsatzleitung!

Aus dem Interview geht ganz klar hervor, dass Sie zumindest seit dem 14. Juli 11 Uhr wussten, dass sie es mit einer Gefahrenlage zu tun haben, die mehrere Kreise betrifft. Sie denken jetzt plötzlich über eine neue Führungsebene für solche Fälle nach.

Aber Herr Lewentz,

diese Führungsebene gibt es doch längst. Die liegt bei Ihnen! Das Interview ist ein untauglicher Versuch, eigene Verantwortung Richtung Kommunen abzuwälzen!

Anrede,

es gilt, aus Fehlern zu lernen, müssen wir doch in Zukunft häufiger mit Unwetterereignissen rechnen.

Anrede,

gut, dass Sie mit dem Haushalt endlich unserer Forderung nach mehr Lehrpersonal an der Feuerwehr- und Katastrophenschutzakademie folgen. Schade, dass Sie dies nicht bereits im vergangenen Jahr taten.

Für eine schnelle, flächendeckende und sichere Alarmierung der Bevölkerung brauchen wir vor allem eines: Sirenen, die funktionieren. Damit das klappt, müssten wir in Rheinland-Pfalz knapp 70 Millionen Euro in die Hand nehmen. Der Bund gibt dafür vier Millionen, die Landesregierung packt selbst gerade einmal dieselbe Summe dazu. Das sind insgesamt 8 Millionen Euro – heißt, da fehlen noch über 60 Millionen Euro.

Anrede,

das Land blendet die eigene Verantwortung für Gefahrenabwehr leichtfertig aus und lässt die Kommunen im Stich. Ich fordere Sie auf, sorgen Sie für eine flächendeckende Ausstattung mit Hochleistungssirenen! In Verantwortung für die Menschen in Rheinland-Pfalz. Für deren Schutz und Sicherheit.

Frau Ministerpräsidentin Dreyer,

die CDU-Fraktion wird hier einen Vorschlag machen – das kündige ich bereits heute an. Die Flutkatastrophe hat gezeigt, dass den Feuerwehren moderne, geländegängige Fahrzeuge für den Katastrophenschutz fehlen. Um bei Starkregenereignissen, Überschwemmungen – Menschen zu evakuieren, Einsatzstellen zu erreichen.

In Rheinland-Pfalz können die meisten Feuerwehrfahrzeuge nicht ins freie Gelände. Diesen Einsatz abseits von Straßen oder dort, wo Infrastruktur zerstört ist, hat die Landesregierung offensichtlich kaum auf dem Schirm. Ein schwerwiegendes Versäumnis!

Herr Innenminister Lewentz,

wir müssen jetzt ordentlich vorsorgen und den Katastrophenschutz für künftige Herausforderungen stärken. Erhöhen Sie endlich die Zuschüsse und sorgen Sie für eine zeitnahe Zuweisung.

Anrede,

Investitionen in die Polizei sind Investitionen in die Sicherheit unseres Staates. Und um diese auch mittel- und langfristig zu gewährleisten, brauchen wir eine Ausbildungsoffensive, um mehr junge Menschen für unsere Polizei zu gewinnen.

Tagtäglich sind Polizistinnen und Polizisten im Einsatz und sorgen für unsere Sicherheit. Tagtäglich riskieren sie dabei ihre eigene Gesundheit. Wir erinnern uns alle an den brutalen Angriff im Oktober 2020 vor einer Kneipe in Andernach, als ein Beamter lebensgefährlich verletzt wurde. In der letzten Zeit werden Einsatz- und auch Rettungskräfte immer häufiger attackiert - derzeit vor allem bei Corona- Ausschreitungen.

Um nur zwei Beispiele zu nennen. Am Montagabend - 6 verletzte Beamte in Mannheim. Am Samstag - 14 Verletzte im thüringischen Greiz. Das dürfen wir nicht dulden! Hier braucht es null Toleranz und einen starken Staat! Der Angriff auf Polizei- und Rettungskräfte ist ein Angriff auf unseren Rechtsstaat. Polizei- und Rettungskräfte verdienen unseren Respekt. Schützen wir die, die uns beschützen! Und sorgen wir für ordentliche Arbeitsbedingungen. Dazu gehört, dass unsere Polizei nicht permanent auf dem Zahnfleisch und bis an die Grenzen ihrer Belastung geht! Genau das ist aber in Rheinland-Pfalz seit Jahren der Fall. Kein Wunder, dass sich ein Berg von mehr als einer Million Überstunden auftürmt!

Ministerin Ahnen,

auch in diesem Haushalt treiben Sie ein verwirrendes Zahlenspiel und verknüpfen unterschiedliche Angaben mit unterschiedlichen Begrifflichkeiten. Vollzeitäquivalent, Köpfe, Verfügungsstärke, Ist-Stärke, Sollstärke...übersetzt in der Praxis: Zu wenig Personal, das für die innere Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger auf der Straße eingesetzt werden kann. Unser Ziel deshalb: 10 000 Polizisten, die Vollzeit tatsächlich in den Einsatz gebracht werden.

Anrede,

Grundlage des Haushaltes sind Steuereinnahmen, die unsere Bürgerinnen und Bürger, unsere Unternehmen, täglich erwirtschaften. Dieses Wirtschaften und Arbeiten wandelt sich durch Digitalisierung und Klimawandel grundlegend. Die Politik kann diesen Fortschritt nur unterstützen. Geleistet wird er von den Menschen im Land.

Zentral hierfür ist eine gute Infrastruktur, digital wie analog: Straßen, Brücken, Radwege, Glasfaser, Mobilfunk, Schulen, Universitäten. Die Ampel in Rheinland-Pfalz möchte laut eigener Aussage eine Koalition des Aufbruchs und der Zukunftschancen sein. Schaut man sich die Investitionen in diesem Haushalt an, ist es eher eine Koalition des Stillstands. Denn berücksichtigt man die Preissteigerungen, investiert die Landesregierung 2022 netto noch weniger als bisher.

Frau Ministerin Ahnen,

damit werden Sie den großen Zukunftsherausforderungen nicht gerecht. Sie wirtschaften auf Kosten künftiger Generationen. Die rote Laterne für die niedrigste Investitionsquote aller Flächenländer wird auch im nächsten Jahr erneut nach Rheinland-Pfalz gehen. Das ist fatal! Um nur einige Beispiele aus der Praxis zu nennen:

- Der Sanierungsstau für kommunale Straßen und Landesstraßen liegt bei je einer Milliarde Euro und wird seit Jahren größer, nicht kleiner.
- Breitbandanbindung und Mobilfunk bekommen von den Unternehmen im Land gerade mal die Note 4. (<https://ihk-trier.de/ihk-trier/Integrale?MODULE=Frontend.Media&ACTION=ViewMediaObject&Media.PK=20059&Media.Object.ObjectType=full>)
- Alleine an der Universitätsmedizin Mainz besteht ein Sanierungsstau von über zwei Milliarden Euro. Dabei sollte die Unimedizin ein Flaggschiff unserer Gesundheitsversorgung sein!

Anrede,

hier enttäuscht der Regierungsentwurf auf ganzer Linie. Denn Sie setzen die falschen Prioritäten: Statt sichtbare Veränderungen für die Menschen zu schaffen, beschäftigen sie sich mit sich selbst.

Neben Transformationsrat, ovalem Tisch, Technologiebeirat, Mittelstandsbeirat oder Zukunftsinitiative soll es nun auch noch eine Transformationsagentur und eine Innovationsagentur geben. Wozu dann eigentlich noch Minister:innen?

Anrede,

entscheidend sind konkrete Verbesserungen für die Menschen im Land.

Anrede,

meine klare Forderung an Sie: Investieren Sie nicht in Parallelstrukturen, sondern in Mobilfunkmasten und Glasfaserleitungen, in Straßen Schienen und Hochschulen. Das wäre ein wirklicher Aufbruch in der Wirtschaftspolitik!

Anrede,

die CDU-Fraktion begreift Investitionen in den Klimaschutz als zentrale Aufgabe des Staates.

Wir alle erleben die Auswirkungen der globalen Erwärmung. Uns eint das Ziel, unsere Erde und die Schöpfung zu schützen. Doch die entscheidende Frage für uns ist: Was können wir in Rheinland-Pfalz beitragen? Dazu gehört der Ausbau der Erneuerbaren Energien, ohne Frage. Doch es braucht deutlich mehr, vor allem, wenn wir unsere Einflussmöglichkeiten im Land realistisch betrachten. Wir müssen mehr in Forschung und Entwicklung zu investieren. Hier hat die Landesregierung nach wie vor deutlichen Nachholbedarf.

Wir wollen, dass Sie Ihr Versprechen beim 365-Euro-Ticket einhalten. Und zwar schnell! Wir fordern Sie auf, engagieren Sie sich im nachhaltigen Waldumbau. Und ganz entscheidend: Kommen Sie als Landesregierung endlich Ihrer Vorbildfunktion nach. Es kann nicht sein, dass wir Betriebe verpflichten, Solaranlagen auf ihre Dächer zu bauen und die öffentlichen Gebäude davon ausnehmen. Hier erwarten wir eine Eigenverpflichtung der Landesregierung, eine Investitionsoffensive für Landesliegenschaften.

Es ist doch ein Unding, dass z.B. im Wahlkreis Pirmasens von 26 Landesliegenschaften nur eine einzige mit Photovoltaik ausgestattet ist. Und das setzt sich quer durch unser Land fort. Wir fordern: Solaranlagen auf die Dächer von Landesgebäuden. Das wäre konkretes Handeln für den Klimaschutz!

Anrede,

wie es richtig geht zeigen die Kommunen. Hier gehen CDU-Landräte und Bürgermeister voran. Die miserable finanzielle Ausstattung der Kommunen steht vielen Klimainvestitionen im Wege. Auch das eine Folge ihrer Politik:.

Herr Innenminister Lewentz,

leider verfehlt auch dieser Haushalt wieder das Ziel, die Kommunen ordentlich auszustatten. Stattdessen lassen Sie Dörfer und Städte im Schuldenloch stecken. In keinem Bundesland ist die Kreditbelastung pro Kopf so hoch wie in Rheinland-Pfalz! 3035 Euro hat jeder Bürger zu tragen - gut doppelt so viel wie der Durchschnitt aller anderen Flächenländer. Wir haben inzwischen sogar das Saarland überholt!

Anrede,

zweimal hat Ihnen das höchste rheinland-pfälzische Gericht ins Stammbuch geschrieben, dass Ihr Finanzausgleich verfassungswidrig ist.

Frau Ministerin Ahnen,

Ihre gestrige Ankündigung für eine Lösung der Altschulden-Problematik begrüßen wir ausdrücklich - auch wenn es endlos gedauert hat, bis der Groschen bei Ihnen gefallen ist! Aber immerhin - eine späte Einsicht. Sie folgen damit unserer langjährigen Forderung, die wir zuletzt für das Juli-Plenum (23.09. behandelt) in diesem Jahr eingebracht haben. Damals haben Sie, hat die Ampel unseren Antrag noch abgelehnt. Uns ist es wichtig, dass es jetzt nicht bei Ankündigungen bleibt. Wir fordern, dass die Altschuldenlösung sich schon im Haushalt 2022 mit konkreten Ansätzen wiederfindet. Handeln Sie jetzt!

Wir bieten Ihnen an, eine gemeinsame verfassungskonforme Lösung bis zur Verabschiedung des Haushalts Ende März zu vereinbaren. Unsere Kommunen brauchen endlich Luft zum Atmen - und der Wegfall des Ballasts der Kassenkredite ist ein wichtiger Baustein. Aber gehen Sie auch den zweiten Schritt mit uns, dass insbesondere Städte und Landkreise dauerhaft ihre strukturelle Finanzschwäche beheben können. Nur so ist gesichert, dass sie nicht wieder dort landen, wo sie heute stehen. Wer ein starkes Rheinland-Pfalz möchte, braucht starke Kommunen! Hier wird Zukunft gemacht. Hier wird Heimat gelebt!

Anrede,

Corona setzt unserer Kulturszene und den Vereinen, heftig zu - vom Chor bis zum Fastnachtsverein. Und dann noch die finanziellen Einbußen. Seit dem Ausbruch von Pandemie sind Kulturschaffende fast ununterbrochen im Ausnahmezustand.

Noch etwas beschwert: Die AfD hat Kultur als neues Kampffeld für sich entdeckt und beschimpft Kulturschaffende als "Lumpenproletariat von Möchtegern-Künstlern." (Tillschneider, kulturpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion im Landtag Sachsen-Anhalt). Theater, Musikfestivals, Buchhandlungen, Kulturzentren, Opern, Bibliotheken sind zunehmend unter Beschuss von rechts. Die AfD in Rheinland-Pfalz verlangt in ihrem Programm Etatkürzungen für bestimmte Kultureinrichtungen oder eine Filmförderung nur heimischer Produktionen.

Anrede,

das sind Übergriffe auf die Freiheit und den Pluralismus der Kunst. Wir müssen die Kultur im Land stärken und schützen. Dafür braucht es unter anderem: Eine solide finanzielle Förderung! Aber seit Jahren fallen die Kulturausgaben weit hinter andere Bundesländer zurück.

Anrede,

dieser Haushalt muss die Rahmenbedingungen für Kulturpolitik in Rheinland-Pfalz ändern. Wir fordern die Landesregierung auf: Schluss mit jahrelangem, lustlosem Kulturabbau – wir brauchen endlich ein engagiertes Kulturfördergesetz, ein zukunftsorientiertes Kulturprofil, einen Kulturkonvent. Kultur ist auch ein Ausdruck von Identität der Menschen mit ihrer Region, ihrem Land. So viel wird im Moment in der Öffentlichkeit über die Spaltung der Gesellschaft geredet. Kultur stärkt an vielen Stellen das Miteinander. Sie bringt uns in einen kreativen Diskurs.

Was ist uns wichtig? Wie wollen wir in Zukunft zusammenleben? Und wenn wir in diesen Haus-haltswochen viel über Infrastruktur, Straßen, Datenautobahnen reden - lassen Sie uns im Blick behalten: Es gibt daneben eine kulturelle Infrastruktur, die wir pflegen und in die wir nachhaltig investieren müssen. Denn Kunst, Theater, Musik, Literatur schlagen Brücken.

Sie zeigen, dass trotz verschiedener Sichtweisen dieser Welt Gemeinsames gelingen kann. Und das ist in Zeiten von Krisen, von Corona wichtiger denn je. Ich wünsche Ihnen und allen Rhein-land-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzern ein friedvolles, frohes und gesundes Weihnachtsfest.